

Infusion für Kassen

Zusatzbeitrag. Die ersten Krankenkassen nehmen jetzt schon mehr als 8 Euro Zusatzbeitrag. Viele kommen im Jahr 2010 aber noch ohne aus.

Viel Wirbel gab es in den vergangenen Wochen um 8 Euro. Das ist der Betrag, den sich einige gesetzliche Krankenkassen pro Monat zusätzlich bei ihren Mitgliedern holen wollen. Drei Kassen nehmen sogar noch mehr.

Für Diskussionen sorgte auch die Art, wie der Zusatzbeitrag erhoben wird. Er wird nicht wie der normale Krankenkassenbeitrag vom Arbeitgeber abgeführt. Die Versicherten müssen ihn selbst an ihre Kasse zahlen – per Überweisung, Einzugsermächtigung oder Rechnung. „Das ist ein Umbruch des Systems“, sagt Herbert Rebscher, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Angestelltenkrankenkasse DAK.

Die Zusatzbeiträge begleichen die Mitglieder allein, ihr Arbeitgeber beteiligt sich nicht. Je nach Kasse zahlen die Versicherten monatlich, quartalsweise oder jährlich.

Zehnmal Zusatzbeitrag

Bei Redaktionsschluss waren es zehn Kassen, die den Extra-Obulus brauchen, darunter die DAK – mit 6,4 Millionen Versicherten die drittgrößte Kasse in Deutschland.

Mit 8 Euro im Monat müssen auch Mitglieder der Deutschen BKK, der KKH-Allianz, der BKK Gesundheit, der BKK Phoenix und der fusionierenden Novitas BKK und ktpBKK rechnen.

Teurer wird es für Mitglieder der BKK für Heilberufe und der BKK Westfalen Lippe. Die BKK für Heilberufe will rückwirkend zum Januar einen Zusatzbeitrag von 1 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens nehmen, das sind maximal 37,50 Euro im Monat. Die BKK Westfalen Lippe hat bereits ihre Versicherten informiert, dass sie ab Februar 12 Euro im Monat mehr nimmt.

Die kleine Kölner Betriebskrankenkasse GBK verlangt als Einzige schon seit Juli letzten Jahres 8 Euro und will nun rückwirkend zum Januar auf 1 Prozent erhöhen.

Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen meint, „dass eine erhebliche Anzahl Versicherte in diesem Jahr Zusatzbeiträge zahlen werden“. Birgit Fischer, Vorstandsvorsitzende der größten deutschen Kasse Barmer GEK, erwartet, dass ihn letztendlich alle Kassen erheben werden.

Die Bundesregierung dagegen antwortete noch Mitte Januar auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sie davon ausgehe, „dass Zusatzbeiträge von Krankenkassen in vielen Fällen vermieden werden können“.

Viele brauchen das Extra-Geld nicht

Wir wollten es wissen und haben die Kassen gefragt, wer von ihnen einen Zusatzbeitrag für 2010 ausschließt. Immerhin 55 der 95 Kassen, die wir monatlich für unseren Produktfinder „Gesetzliche Krankenkassen“ (siehe „Unser Rat“) befragen, tun das.

Zu ihnen gehören mehrere AOKs wie die AOK Niedersachsen (2,1 Millionen Versicherte) oder AOK Berlin Brandenburg (1,3 Millionen Versicherte). Es gibt sogar Kassen, die Prämien zwischen 50 und 72 Euro im Jahr an ihre Versicherten auszahlen: die BKK ALP plus, die G & V BKK und die hkk.

Auch für die Barmer GEK sei der Zusatzbeitrag derzeit kein Thema, sagt Pressesprecher Thorsten Jakob. Und Michael Ihly von der Techniker Krankenkasse – mit 7,3 Millionen Versicherten zweitgrößte Kasse – kündigt an: „Es ist sehr unwahrscheinlich, dass wir 2010 einen Zusatzbeitrag erheben werden.“ Da beide den höheren Beitrag aber nicht völlig ausschließen, kamen sie nicht auf unsere Liste (siehe S. 69).

Auch auf Service und Leistung achten

Versicherte, die keinen Zusatzbeitrag zahlen wollen, haben Alternativen. Sie können kündigen und sich eine neue Krankenkasse suchen. Dabei sollten sie aber auch auf Service



und Leistungen der neuen Kasse achten. Wer an Versorgungsprogrammen für Chroniker teilnimmt oder auf Extraleistungen wie homöopathische Behandlung oder Reiseimpfungen Wert legt, sollte sicherstellen, dass die neue Kasse dafür aufkommt.

Ein Zusatzbeitrag von 8 Euro dürfte für viele noch kein Grund zum Wechseln sein, wenn sie mit ihrer Kasse zufrieden sind.

Mehr Aufwand für Mitglieder

Bis zu 8 Euro Zusatzbeitrag monatlich dürfen die Kassen unabhängig vom Einkommen verlangen. Erst bei einem höheren Beitrag wird es komplizierter. Dann kommt es auf das Einkommen jedes Mitglieds an.

Der Zusatzbeitrag darf höchstens 1 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 3750 Euro im Monat betragen. Im Extremfall darf eine Kasse deshalb 37,50 Euro im Monat fordern.

Die BKK für Heilberufe plant wie die GBK genau 1 Prozent zu nehmen. Dazu benötigt sie im Vorfeld bereits Informationen über das Einkommen ihrer Versicherten. „Das ist alles sehr aufwendig“, sagt Jürgen Körner, Sprecher der BKK für Heilberufe.

Einfacher macht es sich die BKK Westfalen Lippe mit ihrer Pauschale von 12 Euro. Da die Kasse nicht weiß, wann die 12 Euro 1 Prozent des versicherungspflichtigen Einkommens ihres Mitglieds übersteigen, müssen die Versicherten aktiv werden.

Für einen Versicherten mit einem beitragspflichtigen Einkommen von 1100 Euro monatlich wäre der Zusatzbeitrag von 12

Unser Rat

Kassenwahl. Wenn Ihnen der Zusatzbeitrag Ihrer Kasse zu hoch ist oder Sie mit Service und Leistungen unzufrieden sind, können Sie kündigen und sich eine neue Krankenkasse suchen. Dabei hilft unser Produktfinder „Gesetzliche Krankenkassen“ unter www.test.de/krankenkassen. Für 3 Euro informiert er detailliert über Beiträge, Leistungen und Service von 95 gesetzlichen Krankenkassen. Mit unserer kostenlosen Checkliste im Internet können Sie herausfinden, ob ein Wechsel sinnvoll ist.

Euro zu hoch. Er muss sich bei der Kasse melden, sein Einkommen nachweisen und beantragen, dass der Zusatzbeitrag auf 1 Prozent reduziert wird.

Sonderkündigungsrecht

Die gesetzlich Krankenversicherten müssen das aber nicht mitmachen. Sie haben ein Sonderkündigungsrecht, wenn ihre Kasse einen Zusatzbeitrag erhebt.

Sie können bis zu dem Zeitpunkt kündigen, zu dem der Zusatzbeitrag erstmals fällig wird. Wichtig: Die Kasse muss ihre Versicherten spätestens einen Monat zuvor auf ihr Kündigungsrecht hinweisen, andernfalls verlängert sich die Kündigungsfrist entsprechend.

Finanztest

Vorerst kein Zusatzbeitrag

Diese Kassen aus unserem Produktfinder schließen Zusatzbeiträge für das Jahr 2010 aus.

Krankenkassen	Rufnummer
AOK Berlin-Brandenburg	0 800/2 65 08 00
AOK Bremen/Bremerhaven	04 21/1 76 10
AOK Niedersachsen	0 180 2/26 53 33
AOK Plus	0 180 2/47 10 00
AOK Rheinland/Hamburg	0 800/0 32 63 26
AOK Saarland	0 180 2/25 43 54
AOK Sachsen-Anhalt	0 180 2/26 57 26
AOK Westfalen-Lippe	0 180 2/25 26 66
atlas BKK ahlmann	0 180 2/00 82 00
Audi BKK	0 800/1 23 45 40
BIG	0 800/54 56 54 56
BKK ATU	0 180 3/00 04 04
BKK Achenbach Buschh.	0 800/2 55 22 00
BKK Akzo Nobel-Bayern	0 180 1/00 01 14
BKK Braun-Gillette	0 180 3/9 99 44 44
BKK der Siemens	0 27 33/29 28 89
BKK Dr. Oetker	0 180 2/55 63 85
BKK exklusiv	0 180 2/00 01 02
BKK firmus	0 180 2/23 71 57
BKK Freudenberg	0 62 01/80 34 84
BKK Gildemeister Seidensticker	0 800/0 25 52 55
BKK Herford Minden Ravensberg	0 800/0 22 73 37
IKK Nord	0 800/4 55 73 78
BKK Linde	0 800/1 10 56 31
BKK Medicus	0 180 2/23 12 57
BKK Mobil Oil	0 800/2 55 08 00
BKK Pfalz	0 800/1 33 33 00
BKK salvina	0 180 1/25 51 18 80
BKK SBH	0 180 2/94 00 30
BKK VBU	0 180 2/31 31 72
BKK VDN	0 23 04/9 82 60
BKK Verbundplus	0 180 2/23 49 87
BKK Victoria-DAS	0 180 2/32 83 29
BKK Vital	06 21/5 70 95 50
BKK Wirtschaft & Finanzen	0 800/5 66 18 00
Brandenburgische BKK	0 33 64/4 01 30
Die Bergische KK	02 12/2 26 20
Energie-BKK	0 800/0 12 35 12
Hypovereinsbank BKK	0 800/2 25 52 55
IKK Brandenburg u. Berlin	0 800/8 83 32 44
IKK classic	0 800/4 55 11 11
IKK gesund plus	0 800/8 57 98 40
IKK Niedersachsen	0 180 1/45 57 37
IKK Nordrhein	0 188 0 /45 50
IKK Südwest	0 800/0 11 91 19
mhplus BKK	0 180 2/36 99 63
Neckermann BKK	0 800/7 32 00 00
pronova BKK	0 180 2/00 13 13
R+V BKK	0 800/2 55 78 80
Salus BKK	0 180 2/22 13 22
SBK (Siemens-BKK)	0 800/ 0 72 57 25 72 50
Schwenninger BKK	0 180 2/5 52 55 55
Securivita BKK	0 800/6 00 30 00
Signal Iduna IKK	0 800/6 34 63 45
Knappschaft	0 800/0 20 05 01

Adressen siehe S. 94.

Stand: 3. Februar 2010

So finanziert sich der Gesundheitsfonds

Seit 2009 bekommen die Krankenkassen ihr Geld aus dem Gesundheitsfonds. Kommen sie damit nicht aus, verlangen sie Zusatzbeiträge. 170,3 Milliarden Euro sind 2010 im Fonds. Die Ausgaben werden auf 174,3 Milliarden Euro geschätzt.



Quelle: IfG Institut für Gesundheitsökonomik